

Düsseldorfer Erklärung 2018

der gesundheitspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen

Für eine sichere medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger: Die Etablierung zukunftsfester Krankenhausstrukturen

Das oberste Ziel der Gesundheitspolitik der Länder ist die Sicherstellung der medizinischen Versorgung aller Menschen, unabhängig von ihrem Wohnort oder ihrem Einkommen. Das hohe Niveau der Gesundheitsversorgung soll bewahrt und möglichst noch verbessert werden. Eine tragende Säule des Gesundheitssystems in Deutschland sind die Krankenhäuser und Universitätskliniken, die bereits eine hochwertige, innovative, flächendeckende und wohnortnahe Patientenversorgung sicherstellen.

Die Krankenhäuser stehen vor großen Herausforderungen:

- Nicht nur die finanziellen Herausforderungen einer auskömmlichen Krankenhausfinanzierung werden zunehmend schwieriger.
- Es wird für die Häuser auch immer schwieriger, eine ausreichende Anzahl gut qualifizierter Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegekräfte zu finden.
- Der demographische Wandel führt zu einer Zunahme altersbedingter Krankheiten und Operationen und einer steigenden Anzahl von Patientinnen und Patienten mit Demenz oder körperlichen Einschränkungen.
- Der zunehmende Bedarf an Medizin für ältere Menschen erfordert einen besonderen Schwerpunkt in der Altersmedizin und Gerontopsychiatrie.
- Zunehmende Resistenzen von sogenannten Krankenhauskeimen machen verstärkte Maßnahmen im Bereich der Hygiene notwendig.
- Die fortschreitende Digitalisierung unserer Gesellschaft bietet viele Chancen, gerade auch im Krankenhausbereich, setzt jedoch zukunftsorientierte und leistungsfähige Krankenhausstrukturen voraus.

Die gesundheitspolitischen CDU/CSU-Sprecher der Länder sprechen sich klar für die Beibehaltung des dualen Systems der Krankenhausfinanzierung aus.

Eine nachhaltige und aktive Krankenhausplanung und eine **stabile finanzielle Basis** sowohl bei den Betriebs- als auch bei den Investitionskosten sind Grundvoraussetzungen für die sichere medizinische Versorgung. Die Krankenhausfinanzierung muss sich auch an gezielten Maßnahmen mit übergeordnetem Versorgungsinteresse orientieren.

Das setzt voraus, dass einerseits die Investitionsfinanzierung seitens der Länder in ausreichender Höhe vorhanden sein muss und andererseits im Bereich der Betriebskosten die vollständige Refinanzierung der Tarifsteigerungen für die Bereiche ärztliche und pflegerische Versorgung sowie für Verwaltungsaufgaben sichergestellt wird.

In diesem Zusammenhang bedarf das bestehende DRG-System einer Überprüfung und ständigen Anpassung im Finanzierungssystem der stationären Gesundheitsversorgung, wie im Koalitionsvertrag beschrieben.

Die gesundheitspolitischen Sprecher sind sich zudem einig, dass nicht mehr nur die Bettenanzahl als zentrale Finanzierungsvoraussetzung zählen darf, sondern Erreichbarkeit, Struktur und Qualität ebenso ausschlaggebend sind. Unabhängig vom gemeinsamen Ziel einer bundesweit stabilen Krankenhausstruktur, liegt es weiterhin in der Verantwortung der Länder, die Krankenhausfinanzierung stabil und auf regionale Notwendigkeiten auszurichten.

Es werden verstärkt **Zusammenschlüsse und Kooperationen** von Krankenhäusern mit einer klaren Leitungsstruktur, Spezialisierung und Schwerpunktbildung nötig sein. Ziel muss es sein, Doppelstrukturen zu vermeiden. Das Stufen-Konzept, in dem Krankenhäuser die Grund-, Regel- und Maximalversorgung der Patientinnen und Patienten sicherstellen, wird sich an Krankheitsbildern und der Versorgung der Menschen orientieren müssen.

Dafür ist auch die Zusammenarbeit und Vernetzung im Gesundheitswesen zu verstärken und die **sektorenübergreifende Versorgung** zur Optimierung der Behandlung kranker Menschen weiter zu entwickeln.

Die gesundheitspolitischen Sprecher fordern weiter die Schaffung einer ausreichenden Zahl von **Studienplätzen im Fachbereich Medizin** und den Ausbau der **Kapazitäten für die Pflegeausbildung**.

Die **Digitalisierung** muss als Chance für die gesundheitliche Versorgung begriffen werden:

- Deutschland ist das Land der Forscher und Entwickler. Dieses großartige Potential müssen wir in der Gesundheitsversorgung nutzen, in dem wir Innovationen im Digital Health Bereich zukünftig noch stärker als Chance sehen.
- Wir brauchen zukunftsweisende Lösungen in den Bereichen Telemedizin und intelligente Assistenzsysteme.
- Wir brauchen die richtige Balance zwischen Datenschutz und Datennutzung, um Innovationen und medizinischen Fortschritt zum Wohle der Menschen zu nutzen. Der Patient muss Herr seiner Daten sein und bleiben.

- Es muss ein Förderprogramm in Form eines Digitalisierungsfonds zur Unterstützung der Krankenhäuser bei der Einführung digitaler Infrastrukturen geben. Wegen der zu erwartenden hohen Kosten, gleichzeitig aber des enormen Nutzens für die Patientinnen und Patienten sollte der Bund die Länder bei dieser Aufgabe finanziell unterstützen.

Die **Notfallversorgung** der Menschen ist eine weitere große Herausforderung für die Gesundheitsversorgung:

- Eine partnerschaftliche Lösung zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten ist ein Weg, diese zu sichern.
- Besonders die Etablierung sogenannter Portalpraxen muss vorangetrieben werden.
- Wir brauchen eine umfangreiche Aufklärung über das System der Notfallversorgung und die entsprechenden Anlaufstellen für Hilfesuchende mit dem Ziel, die massive Überlastung der Notfallambulanzen und die steigende Zahl an Einsätzen der Rettungswagen einzudämmen.
- Mindestanforderungen an die Notfallstrukturen zu stellen und mit Zu- und Abschlägen entsprechende Anreize zu setzen, ist ein guter Beitrag zur Steigerung der Strukturqualität in der Notfallversorgung.

Wir unterstützen die Stärkung der **Hospiz- und Palliativversorgung** und die geplante Kostenübernahme für die Koordination von Versorgungsnetzwerken.

Als gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen sehen wir die Notwendigkeit, die Krankenhauslandschaft in Deutschland sich ändernden Bedingungen anzupassen und weiterzuentwickeln. Dabei wollen wir von Seiten der Politik nicht nur die Rahmenbedingungen gestalten, sondern im engen Austausch die Krankenhäuser und Universitätskliniken auf ihrem Weg begleiten und unterstützen.